

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus, die am Mittwoch im Plenarsaal des Deutschen Bundestages stattfand sowie über die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan und über das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

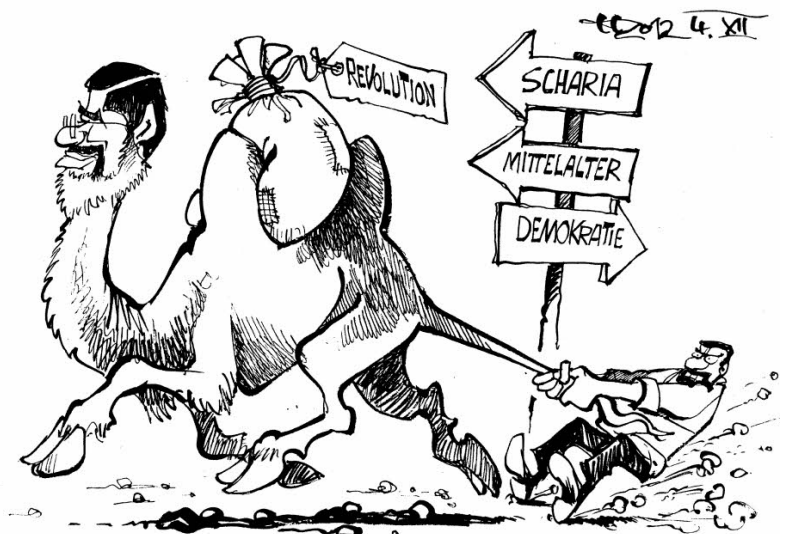
Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus](#)
2. [Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan](#)
3. [Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz](#)
4. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)





1. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

Am Mittwoch fand im Plenarsaal die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wird seit 1996 begangen. Damit wird zugleich an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 erinnert. Bundespräsident Roman Herzog hatte damals den 27. Januar zum Gedenktag erhoben, um „eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Gastrednerin der diesjährigen Gedenkveranstaltung war die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron. Sie wurde 1922 im brandenburgischen Finsterwalde geboren und ist in Berlin aufgewachsen. Ihre Familie und sie selbst wurden seit 1933 als Juden und aus politischen Gründen benachteiligt und verfolgt. Krieg und Völkermord überlebte sie in Verstecken in Berlin. Nach dem Krieg führte sie ihr Weg über das Studium in England 1956 nach Bonn. Ab 1958 war sie Deutschland-Korrespondentin der israelischen Zeitung Ma'ariv. Von 1972 bis 1987 arbeitete sie als Journalistin in Tel Aviv.

Inge Deutschkron engagiert sich stark für Menschenrechte und Demokratie und steht für die Erinnerung an den Holocaust. In Deutschland ist sie vielen als Autorin bekannt. Eines ihrer bekanntesten Bücher heißt „Ich trug den gelben Stern“. Inge Deutschkron schilderte in einer bewegenden Rede das Schicksal ihrer Familie, beginnend mit der "Machtergreifung" vom 30. Januar 1933 bis zur Bonner Republik der Adenauer-Jahre. "Zerrissenes Leben", so überschrieb sie ihren Vortrag.

Neben der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages gab es bundesweit zahlreiche weitere Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

2. Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan

In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag am Donnerstag das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr verlängert. 435 Abgeordnete stimmten für den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (Isaf) vom 1. Februar 2013 bis 28. Februar 2014 zu verlängern. 111 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag, es gab 39 Enthaltungen. Zuvor hatte der Auswärtige Ausschuss mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP gegen das Votum der Linken bei Enthaltung der Grünen empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Bis zu 4.400 deutsche Soldaten und Soldatinnen sollen im genannten Zeitraum in Afghanistan eingesetzt werden können. Gegenwärtig umfasst das deutsche Kontingent 4.900 Soldaten. Die Bundesregierung will deren Zahl bis zum Ende des Mandatszeitraums auf bis zu 3.300 Soldaten verringern, soweit die Lage dies erlaube. Die Kosten des Einsatzes für die Zeit vom 1. Februar 2013 bis 28. Februar 2014 belaufen sich dabei auf 1,07 Milliarden Euro.



Nach den Beschlüssen des Nato-Gipfels von Lissabon 2010 soll der Isaf-Einsatz (International Security Assistance Force) zum Jahresende 2014 enden. Er hat das Ziel, Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu unterstützen. Dabei stünden vor allem die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte im Mittelpunkt. Diese müssten so befähigt werden, dass sie spätestens Ende 2014 die vollständige Sicherheitsverantwortung in Afghanistan wahrnehmen können.

3. Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz

In zweiter und dritter Lesung wurde am Donnerstag das Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge beschlossen. Ziel ist die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und eine Verbesserung des Verbraucherschutzes. Sämtliche Altersvorsorgeprodukte sollen in Zukunft besser vergleichbar werden. Grundlage der vorangegangenen Debatte war der von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge.

Der Antrag sieht für die Basisversorgung im Alter eine Erhöhung der Förderhöchstgrenze von 20.000 auf 24.000 Euro vor. Die Anhebung des bisherigen Abzugsvolumens für Beiträge zugunsten der gesetzlichen Rentenversicherung, Knappschaft, berufsständischen Versorgung, landwirtschaftlichen Alterskasse und privater Basisrenten schaffe Spielräume für den Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge, schreiben die Fraktionen in dem Gesetzentwurf. Außerdem werde der Spielraum zur Absicherung gegen den Eintritt der Berufsunfähigkeit oder verminderten Erwerbsfähigkeit verbessert. Im Bereich der Altersvorsorge in Form selbst genutzten Wohneigentums sieht der Entwurf Vereinfachungen bei der Entnahme von gefördertem Altersvorsorgekapital vor.

Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes schreibt der Gesetzentwurf die Einführung von Produktinformationsblättern vor. Dies werde dazu führen, "dass die staatlich geförderten Produkte vom Verbraucher als nicht mehr so komplex eingestuft werden", schreiben die Fraktionen. Derzeit fühlten sich viele Verbraucher wegen der Unterschiedlichkeit der Produkte und Kostenmodelle überfordert.

So gebe es zum Beispiel bei der Riester-Rente klassische Rentenversicherungen, fondsgebundene Rentenversicherungen, Fondssparpläne, Banksparpläne, Bausparverträge sowie Sparpläne mit Genossenschaftsanteilen. "Die Vergleichbarkeit der Produkte kann erreicht werden, indem ein einheitliches Produktinformationsblatt für alle Produktgruppen der staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukte erreicht wird", erwarten die Fraktionen.



4. Neues aus Mannheim und der Region

Baubeginn für Bahnsteig F weiterhin für 2014 geplant

Auf meine parlamentarische Anfrage hin, wann mit dem Baubeginn des Bahnsteiges F am Mannheimer Hauptbahnhof gerechnet werden kann, habe ich nun die feste Zusage vom Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke MdB, dass dies im Jahre 2014 erfolgen wird. Bereits im Jahre 2013 soll die Finanzierungsvereinbarung für dieses wichtige Infrastrukturprojekt abgeschlossen werden. Der Bahnsteig F ist erforderlich, weil sich Fern- und Nahverkehr am Mannheimer Hauptbahnhof blockieren. Dies führt regelmäßig zu Verspätungen, vor allem zu Zeiten des Berufsverkehrs. Ich setze mich seit langem dafür ein, die Überlastung des Hauptbahnhofes durch den Bau eines weiteren Bahnsteiges zu entzerren. Ich nehme sowohl die Konzernspitze der Deutschen Bahn als auch die Spitze des Bundesverkehrsministeriums beim Wort. Mannheim braucht den Bahnsteig F. Fern- und Nahverkehr dürfen sich nicht länger blockieren. Der vorgegebene Zeitplan muss unbedingt eingehalten werden.

Wettbewerb Grundrechte in der digitalen Welt

Ich möchte Sie auf den Wettbewerb des Bundesjustizministeriums zu Grundrechten in der digitalen Welt aufmerksam machen. Unter dem Motto „Mach dich nicht nackig – wirb für deine Grundrechte!“ sollen Studierende für ihre Grundrechte sowie für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Chancen und Risiken der digitalen Welt sensibilisiert werden.

Der Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter birgt viele Herausforderungen. Daher begrüße ich die Initiative der Bundesjustizministerin und würde mich freuen, wenn sich auch Mannheimer Studierende an dieser wichtigen Debatte beteiligen. Teilnehmen können Studierende aller Fachrichtungen, einzeln oder in einer Gruppe mit max. 5 Teilnehmern. Eingereicht werden können Filme, Websites, Präsentationen oder Fotostories zu Fragen, wie private Daten geschützt werden können und welche Bedeutung Grundrechte für das Private in der digitalen Welt haben. Die besten Ideen werden mit Preisen von insgesamt 10.000 Euro ausgezeichnet. Weitere Informationen erhalten Interessierte unter: www.bmj.de/nichtnackig.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 277 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de